

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 8035/39
Telefax: 8 68 846 pbbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Dr. Rolf Seebauer MdL
zu fünf Forderungen
der bayerischen SPD
für eine industriepoliti-
sche Perspektive des
Freistaates: Raus aus
der rüstungspolitischen
Sackgasse.

Seite 1

Manfred Opel MdB zu
den Dispositionen des
DDR-Abrüstungs- und
Verteidigungsministers:
Eppelmanns Sommer-
märchen:

Seite 2

Robert Leidinger MdB
zur Entsorgung der
Strahlenmolke: 50 Mil-
lionen DM für Viehfut-
ter?

Seite 4

45. Jahrgang / 145

1. August 1990

Raus aus der rüstungspolitischen Sackgasse

Fünf Forderungen der bayerischen SPD für eine industriepolitische Perspektive des Freistaates

Von Dr. Rolf Seebauer MdL

Wirtschaftspolitfacher Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Der jüngst vorgelegte MBB-Geschäftsbericht 1989 bestätigt in erschreckender Weise den industriepolitischen Flurschaden, den die dilettantische Geburtshilfe der CSU-Größen Streibl und Tandler beim Rüstungsmolch Daimler/MBB in Bayern angerichtet hat.

Wir haben von Anfang an unsere Befürchtungen geäußert, daß Bayern auf den immer chancenloser werdenden Rüstungsproduktionen sitzenbleibt, und davor gewarnt, den zukunftssträchtigen MBB-Bereich "Transport- und Verkehrsflugzeuge" nach Hamburg auszugliedern. Die Zahlen des MBB-Geschäftsberichtes bestätigen unsere Warnungen: Der Exportanteil ging von 63 auf 55 Prozent zurück, der Tomado-Umsatz ist rückläufig, in den "sonstigen Geschäftsfeldern" ist ein Verlust von 65 Prozent festzustellen. Der militärische Umsatzanteil erhöhte sich dagegen von 46 auf 55 Prozent.

Die verhängnisvollen Auswirkungen für die bayerischen MBB-Standorte und ihre Beschäftigten beginnen Konturen zu zeigen.

Wie sehr die bayerische Wirtschaft mit MBB an der Spitze von Rüstungsaufträgen abhängig ist, belegen die Angaben der Bundesregierung: von den 1989 erteilten Forschungs- und Entwicklungsaufträgen des Bundesverteidigungsministeriums an die Wirtschaft entfielen allein 70,5 Prozent auf Bayern (zum Vergleich: Nordrhein-Westfalen 8,9 Prozent, Niedersachsen 0,7 Prozent).

Diese Abhängigkeit Bayerns von der Rüstungs- und Waffenproduktion bietet keine industriepolitische Zukunft. Angesichts der zunehmenden und begrüßenswerten Fortschritte bei der Abrüstung in Europa und der explodierenden Belastungen des Bundeshaushalts durch die Einheit Deutschlands müßten eigentlich auch die notorischen Rüstungsfetischisten in der Bayerischen Staatsregierung zur Besinnung kommen: Bayern wird durch die unaufhaltsam kommenden tiefen Einschnitte in den Rüstungshaushalt vor größte Strukturprobleme gestellt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
mit 100% recyceltem
Kopierpapier



Neben anderen Prioritäten steht von daher ein neuzubauender Schienenstrang Paris-Saarbrücken-Frankfurt-Berlin-Warschau-Moskau. Bei unseren Nachbarn in Europa darf verkehrs- und wirtschaftspolitisch nicht der Eindruck aufkommen, wir Deutschen wendeten den Blick nach innen und befaßten uns im Gefüge BRD-DDR nur mit uns selbst. Manche Länder äußern schon begründete Sorge, weil das Handelsvolumen mit der DDR oder Bundesrepublik rückläufig ist, da wir uns im Rahmen von Wirtschafts- und Währungsunion auf Selbstheilung konzentrieren.

Dies darf nicht bestimmende Komponente bleiben. Der Blick auf Europa, Ost wie West, ist für uns deutsche wichtiger als je zuvor. Und was könnte besser Brücken bauen und mehr zum Vertrauen beitragen, als eine Schienenmagistrale Paris-Moskau mit einem integrierten zentralen Hochleistungsabschnitt in Deutschland? Diese Magistrale verbindet optimal die europäischen Industriezentren und Wirtschaftsgebiete entlang ihrer Achse. Unsere dynamische Exportwirtschaft ist auf leistungsfähige Transportwege angewiesen.

Das Hochgeschwindigkeits-Schienensystem TGV wird in Frankreich zügig ausgebaut, eine Osttangente TGV Est von Paris zur deutschen Grenze kommt hinzu. Seit Frühjahr 1989 werden Zahlen und Fakten öffentlich diskutiert. Eine Schnellbahnverbindung Paris-Lothringen-Saarbrücken-Mannheim scheint nicht nur im europäischen Kontext dringend erforderlich, sondern rechnet sich wirtschaftlich auch hervorragend in sich selbst. Fährt der TGV Est erst von Paris bis zur deutschen Grenze, dann ist ein zeitgleicher Schnellbahnbau Saarbrücken-Mannheim hochrentierlich. Die Franzosen bauen ihren Teil dieser Strecke bei einer Rentabilität von vier Prozent; die Bundesregierung kann von einer doppelten Rentabilitätserwartung von acht Prozent ausgehen.

Auf französischer Seite sind die planerischen Grundlagen für einen völligen Eisenbahn-Schnellstreckenbau Paris-Strasbourg mit einer Abzweigung nach Saarbrücken-Mannheim bereits sehr weit fortgeschritten - auch bezüglich der Finanzierung. Wir dürfen nicht mehr zögern, einen Hochgeschwindigkeitsbahnverkehr Saarbrücken-Mannheim ebenfalls zu realisieren.

Europa erschöpft sich nicht in Sonntagsreden. Europa muß gebaut werden - im wahren Sinne des Wortes. Auch, ja insbesondere im Schienenverkehr. Die Fahrtzeit zwischen Paris und Mannheim wird durch eine Schnellbahnverbindung von derzeit fünf auf zweieinhalb Stunden halbiert - ein notwendiges Attraktivitätszeichen der Bahn in ihrem Bestreben, Verkehre von den überlasteten Straßen und Lufträumen abzuzweigen. In Mannheim besteht dann Zugang zum weiteren Innerdeutschen Intercity-Netz.

Am 20. April 1989 wurde eine "Gemeinsame Erklärung der Staats- und Regierungschefs Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland zu der Schnellbahnverbindung Paris-Ostfrankreich-Südwestdeutschland" abgegeben. Darin heißt es: "Zugleich ist es notwendig, daß die Wahl der Trasse die Schnellbahnverbindung der Netze über Saarbrücken sicherstellt." Dies war der entscheidende Schritt zur Verwirklichung der deutsch-französischen West-Ost-Verbindung Paris-Lothringen-Saarbrücken-Mannheim. Europa ist inzwischen größer und lebendiger geworden. Ein vereintes Deutschland - damals noch nicht absehbar - entsteht in atemberaubendem Tempo. Die Bedeutung guter und umweltfreundlicher Bahnverbindungen ist dadurch weiter gestiegen.

(-/31.7.1990/vo-ha/st)

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 39/39
Telefax: 8 85 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Dr. Rolf Seebauer MdL
zu fünf Forderungen
der bayerischen SPD
für eine industriepoliti-
sche Perspektive des
Freistaates: Raus aus
der rüstungspolitischen
Sackgasse.

Seite 1

Manfred Opel MdB zu
den Dispositionen des
DDR-Abrüstungs- und
Verteidigungsministers:
Eppelmanns Sommer-
märchen:

Seite 2

Robert Leidinger MdB
zur Entsorgung der
Strahlenmolke: 50 Mil-
lionen DM für Viehfut-
ter?

Seite 4

45. Jahrgang / 145

1. August 1990

Raus aus der rüstungspolitischen Sackgasse

Fünf Forderungen der bayerischen SPD für eine industriepolitische Perspektive des Freistaates

Von Dr. Rolf Seebauer MdL

Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Der jüngst vorgelegte MBB-Geschäftsbericht 1989 bestätigt in erschreckender Weise den industriepolitischen Flurschaden, den die dilettantische Geburtshilfe der CSU-Größen Streibl und Tandler beim Rüstungsmolch Daimler/MBB in Bayern angerichtet hat.

Wir haben von Anfang an unsere Befürchtungen geäußert, daß Bayern auf den immer chancenloser werdenden Rüstungsproduktionen sitzenbleibt, und davor gewarnt, den zukunftsfrächtigen MBB-Bereich "Transport- und Verkehrsflugzeuge" nach Hamburg auszugliedern. Die Zahlen des MBB-Geschäftsberichtes bestätigen unsere Warnungen: Der Exportanteil ging von 63 auf 55 Prozent zurück, der Tornado-Umsatz ist rückläufig, in den "sonstigen Geschäftsfeldern" ist ein Verlust von 65 Prozent festzustellen. Der militärische Umsatzanteil erhöhte sich dagegen von 46 auf 55 Prozent.

Die verhängnisvollen Auswirkungen für die bayerischen MBB-Standorte und ihre Beschäftigten beginnen Konturen zu zeigen.

Wie sehr die bayerische Wirtschaft mit MBB an der Spitze von Rüstungsaufträgen abhängig ist, belegen die Angaben der Bundesregierung: von den 1989 erteilten Forschungs- und Entwicklungsaufträgen des Bundesverteidigungsministeriums an die Wirtschaft entfielen allein 70,5 Prozent auf Bayern (zum Vergleich: Nordrhein-Westfalen 8,9 Prozent, Niedersachsen 0,7 Prozent).

Diese Abhängigkeit Bayerns von der Rüstungs- und Waffenproduktion bietet keine industriepolitische Zukunft. Angesichts der zunehmenden und begrüßenswerten Fortschritte bei der Abrüstung in Europa und der explodierenden Belastungen des Bundeshaushalts durch die Einheit Deutschlands müßten eigentlich auch die notorischen Rüstungsfetischisten in der Bayerischen Staatsregierung zur Besinnung kommen: Bayern wird durch die unaufhaltsam kommenden tiefen Einschnitte in den Rüstungshaushalt vor größte Strukturprobleme gestellt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortlich:
Helmut G. Schmidt
Rudolf Schwinn



Die Forschungs- und Entwicklungsmittel für den Jäger 90, die sich auf über sieben Milliarden Mark belaufen, werden absehbar gestrichen. Auch die Entwicklung des militärischen Hubschraubers PAH 2 - geschätzte Kosten vier Milliarden Mark - ist eher unwahrscheinlich. Das Tornado-Programm läuft aus. Damit sind mehrere tausend bayerische High-Tech-Arbeitsplätze in Gefahr.

Wir Sozialdemokraten haben schon vor zwei Jahren die Staatsregierung aufgefordert, die Massierung der Rüstungsindustrie durch gezielte und staatlich unterstützte Konversionsschritte abzubauen. Doch Streibl, dem wohl niemand in der Wirtschaftsindustriepolitischen Weitblick bestätigen könnte, beharrte noch dieses Jahr (im Sonderplenum des Landtags am 27. Januar bei der Debatte über die Lieferung von Tornados nach Jordanien) darauf, daß wir uns ohne Jäger 90 von den führenden Industrienationen abkoppeln und von einem High-Tech-Exportland zu einem Käuferland und später zum Entwicklungsland rückentwickeln würden.

Bayern darf nicht weiter in die Rüstungspolitische Sackgasse laufen. Deshalb richten wir fünf Forderungen an die Staatsregierung:

1. In Verhandlungen mit der Deutschen Airbus GmbH Hamburg muß eine Erhöhung des bayerischen Anteils an der Airbus-Fertigung für bayerische MBB-Standorte durchgesetzt werden.
2. Die Systementwicklung für zivile Transport- und Verkehrsflugzeug-Projekte außerhalb des Airbus muß nach Bayern rückverlagert werden.
3. Der Freistaat muß seinen Einfluß als Gesellschafter von MBB nutzen, um eine Palette ziviler Ersatzproduktionen im Umwelt- und Energiesparbereich aufzubauen und entsprechende Projekte der Rüstungskonversion bei MBB voranzutreiben.
4. Der Freistaat muß direkt mit Zuschüssen und Darlehen die Umstellung auf zivile Produktionen in bayerischen Rüstungsfirmen unterstützen und dafür ein mehrjähriges Substitutionsprogramm vorlegen.
5. Das bayerische Wirtschaftsministerium soll das Ifo-Institut beauftragen, in einer Untersuchung die industriestrukturelle Abhängigkeit Bayerns im Rüstungsbereich zu analysieren und Vorschläge für zielgerichtete Substitutionsschritte zu unterbreiten. Mittel- bis langfristig muß an einem bayerischen Hochschulstandort ein Institut für Rüstungskonversion gegründet werden, das grundlegende Untersuchungen über die Auswirkungen konkreter Abrüstungsmaßnahmen wie Truppenabbau auf die Beschäftigung und Strategien für wirkungsvolle und erfolgreiche Ersatzproduktionen durchführt.

Die bayerische Wirtschaft braucht wieder eine industriepolitische Perspektive, die das vorhandene High-Tech-Potential auf rohstoff- und umweltschonende Produkte und Produktionen, auf regenerative Energiequellen und andere zivile Bereiche lenkt. Der Freistaat muß den sicherheitspolitisch rückständigen, beschäftigungspolitisch schädlichen und industriepolitisch falschen Weg der CSU zur Rüstungsschmiede Bayern endlich verlassen.

(-/1. August 1990/rs/lr)

Eppelmanns Sommermärchen

Zu den Dispositionen des DDR-Abrüstungs- und Verteidigungsministers

Von Manfred Opel MdB

Als es um den ersten Staatsvertrag ging, haben wir Sozialdemokraten besonders im Finanz- und Haushaltsausschuß darauf gedrungen, daß wir von der DDR lückenlos sämtliche Schulden und andere Verpflichtungen des Staates auf den Tisch gelegt bekommen. Wir wollten eine ehrliche und ungeschminkte Eröffnungsbilanz.

Finanzminister Walgel entstande extra dafür Beamte nach Ostberlin, die dabei helfen sollten. Nach getaner Arbeit behauptete man fest und steif, weitere Forderungen und Verpflichtungen gebe es nicht.

Im ersten Staatsvertrag ist folgerichtig auch nichts von Rüstungskäufen oder alten Lieferverträgen zu lesen.

Erst am 17. Juli 1990 brachte der Finanzminister den Etat der DDR für das zweite Halbjahr 1990 in die Volkskammer ein. Die Volkskammer-Abgeordneten waren in hellem Aufruhr. Auf ganzen zwei Schreibmaschinen-

seiten teilte der Verteidigungsminister der Volkskammer mit, er brauche in den nächsten sechs Monaten über vier Milliarden DM für seine Armee; und zwar über zwei Milliarden für Gehälter, fast eine Milliarde für Neu-Beschaffungen und über eine weitere Milliarde für "Sicherstellung". Zu letzterem gehören beispielsweise Bekleidung und Bauten.

Rechnet man damit, daß in Eppelmans NVA noch 80.000 Männer und Frauen dienen, so bedeutet das einen Monats-Brutto-Verdienst von DM 4.354. In Wirklichkeit hat er aber nach zuverlässigen Angaben aus seinem Ministerium in Strausberg nur noch etwa 68.000 NVA-Angehörige zu bezahlen. Damit würde der Durchschnitts-Monatsverdienst auf DM 5.122 klettern. Zieht man noch die jämmerlich besoldeten etwa 10.000 bis 20.000 Wehrpflichtigen ab, steigen die Einkommen gar über DM 6.000 im Monat. Was, fragen sich unsere Finanzfachleute, macht der Pastor Eppelmann mit den sauer erarbeiteten Milliarden des bundesdeutschen Steuerzahlers? Wen bezahlt eigentlich Herr Eppelmann? Nach bundesdeutschem Haushaltsrecht muß im Staatshaushalt genau angegeben werden, wofür staatliche Gelder ausgegeben werden. Dort steht ganz genau, wieviel Soldaten welchen Dienstgrades besoldet werden dürfen. Eppelmann hat nichts davon angegeben; er möchte nur das Geld haben, um es unkontrolliert ausgeben zu können.

In einer Demokratie ist das Haushaltsrecht das höchste Recht des Parlaments. Und die Achtung vor dem Parlament gebietet es, daß jeder Minister seinen Haushalt selbst einbringt, erläutert und verteidigt. Nicht so Herr Pastor Eppelmann. Er weilte im Urlaub.

Die Abgeordneten der Volkskammer aber saßen auch am Wochenende in Ost-Berlin, um sich mit der Haushalts-Forderung ihres Abrüstungs- und Verteidigungsministers herumzuquälen. Karl-August Kamilli, SPD-Abgeordneter und Vorsitzender des Ausschusses für Abrüstung und Verteidigung war fassungslos. In nur zwei bis drei Tagen sollte schon die Schlußabstimmung sein. Da zog die Volkskammer die Notbremse: 670 Millionen globale Minderausgaben für Herrn Eppelmann!

Der seinerseits zeigte sich im Deutschen Fernsehen und verkündete, er werde nicht mehr für 989 Millionen Rüstung kaufen, sondern nur noch 221 Millionen. Doch das ist gänzlich unglaubwürdig. Für etwa 300 Millionen wurden nämlich die laufenden Rüstungsverträge durch das Strausberger Ministerium erst vor wenigen Tagen ausdrücklich bestätigt. Die 670 Millionen wollen die NVA-Führer nämlich im wesentlichen aus den Bereichen "Personal" und "Sicherstellung" entnehmen.

Überhaupt der Bauchladen "Sicherstellung". Da werden noch eifrig Uniformen gekauft. Pastor Eppelmann selbst hat befohlen einige 100.000 neue Kokarden, quasi als Abschiedsgeschenk, für die DDR-Armee zu kaufen. Gibt es nichts wichtigeres zu tun?

Die Gefahr ist riesengroß, daß der Großteil der jetzt immerhin noch 3,79 Milliarden DM in dunkle Kanäle fließt. Da macht es sich besonders gut, wenn Pastor Eppelmann den wachen Kritikern in der DDR und in der Bundesrepublik vorwirft, sie wüßten nicht, wovon sie reden. Weiß er es denn?

Wenn er beispielsweise behauptet, bei der ursprünglich angesetzten knappe Milliarde für Neu-Beschaffungen sei auch "Bekleidung und anderes mit dabei", so ist dies unrichtig. "Bekleidung und anderes" firmiert unter "Sicherstellung"; und dafür will er nochmals 1,211 Milliarden ausgeben. Die bestellten Boote sind auch keine "Küstenschutzboote", wie er vorgibt, sondern moderne Schnellboote, die einen Zerstörer auf viele Kilometer Entfernung versenken können. Vielleicht hat der Pastor noch weitere Märchen auf Lager.

Schlimm ist jedoch, daß in Eppelmans gesamtem Horror-Etat keine einzige Mark für soziale Maßnahmen und Rüstungskonversion zu finden ist. Nach seinen Aussagen träumt er immer noch davon, 70.000 NVA-Angehörige in die gesamtdeutsche Bundeswehr einrücken zu lassen. Ob er seine Soldaten einmal gefragt hat, ob die das überhaupt wollen?

Wichtig ist, daß man möglichst alle NVA-Angehörigen für unsere Demokratie gewinnt. Es darf kein Ausgrenzen und kein soziales Abseits geben. Aber ob die NVA-Soldaten nicht lieber einen anderen Beruf ergreifen möchten, muß man ihnen überlassen. Dafür müssen sie möglichst rasch qualifiziert werden.

Doch Pastor Eppelmann trifft nicht die alleinige Schuld an diesem Gruselstück. Sein Etat, ursprünglichen 4,46 Milliarden wohlgerneht, wurde auf Mark und Pfennig vorher von Waigels und Stoltenbergs Ministerien in Bonn geprüft - und für gut befunden. Deshalb sind die Presselöwen dieser ansonsten so vorlauten Häuser jetzt wohl auch so kleinlaut.

(-/1. August 1990/rs/fr)

50 Millionen DM für Viehfutter?
Zur Entsorgung der Strahlenmilke

Von Robert Leidinger MdB

Eine Abordnung des Feldkirchener Gemeinderates hat sich im niedersächsischen Lingen über den Stand der Entseuchung der insgesamt 5.000 Tonnen radioaktiv verstrahlten Molkepulvers informiert. Im stillgelegten Lingener Kernkraftwerk wird seit Februar in einer eigens dafür errichteten Dekontaminationsanlage an der Aufbereitung des seit 1987 in Meppen und Feldkirchen eingelagerten Molkepulvers gearbeitet.

Auf mein Betreiben hatte das Bonner Bundesumweltministerium die Mitglieder des Feldkirchener Gemeinderates zu einer Besichtigung nach Lingen eingeladen, um sich vor Ort einen Eindruck von der Aufarbeitung des Molkepulvers zu verschaffen. Bürgermeister Franz Richter aus Salching, der zweite Bürgermeister in Feldkirchen, Josef Englberger sowie Dietmar Rösch und Siegfried Gruber von der Feldkirchener Gemeindeverwaltung nahmen neben den Mitgliedern des Gemeinderates an der Informationsreise teil.

Nach Jahren der Verschleierungs- und Verzögerungstaktik, die das Umweltministerium an den Tag gelegt hatte, wurde es Zeit für ein kleines 'Dankeschön' aus Bonn für die Geduld der Bevölkerung in Feldkirchen und Umgebung.

Mit dem Abzug der ersten Molkewaggons aus Feldkirchen ist ab September zu rechnen.

Die zurückliegenden Berichte über eine mögliche Verwendung des entstrahlten Pulvers zur Nahrungsmittelherstellung und über krumme Wege bei der Vermarktung habe ich erneut zum Anlaß für eine parlamentarische Anfrage genommen.

Darin geht es insbesondere um die Klärung der Frage, ob und wie die Bundesregierung dafür Sorge getragen hat, daß das ungenießbare Pulver nicht mehr in den Lebensmittelkreislauf gelangen kann.

Darüber hinaus gilt mein Interesse der Frage nach den Gesamtkosten für die Dekontamination des Pulvers. Ich rechne mit einer weiteren Kostensteigerung: Schon seit langem ist klar, daß die von der Bundesregierung zuletzt genannte Summe von 39 Millionen DM längst nicht das Ende der Fahnenstange bedeutet. Es ist zu befürchten, daß der Steuersäckel am Ende um 50 Millionen oder mehr erleichtert worden ist - und das alles für eine Riesenmenge Viehfutter.

(-/1. August 1990/rs/fr)
